

Danziger



Zeitung.

Nr. 18451.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,75 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Kaiser Wilhelm in Rußland.

Narwa, 18. August. Zur Feier des Patronatsfestes des Garderegiments Preobraschenski fand heute Mittag Feldgottesdienst und Parade statt. Denselben wohnten Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von Rußland, Se. Majestät der Kaiser Wilhelm, Sr. K. H. der Prinz Heinrich und die hier anwesenden russischen Großfürsten mit Gefolge bei. Die Damen trugen die Farben des Regiments, Ihre Majestäten die Kaiser Alexander und Wilhelm trugen russische Uniformen mit dem Bande resp. des Schwarzen Adlerordens und des Andreaskreuzes mit Ketten. Nach Beendigung des Gottesdienstes erfolgte ein zweimaliger Vorbeimarsch des Regiments vor beiden Monarchen. Hiernach fand ein Besuch des Lagers und sodann das Dejeuner statt. Nach demselben ist ein Besuch der Stadt im allgemeinen, sodann im besonderen des Rathhauses, wo die Stadtvertretung Adressen überreichte, des Armenhauses, des Waisenhauses, der Schule und des Petermuseums in Aussicht genommen. Am Abend fanden Galafest und Marschallbalken statt.

Von heute meldet ferner der Telegraph:

Narwa, 19. August. (W. Z.) Bei dem gestrigen Dejeuner brachte der Zar einen russischen Toast auf Kaiser Wilhelm und sodann auf den Kaiser Franz Josef von Oesterreich zu dessen Geburtstage aus. Kaiser Wilhelm brachte einen Trinkspruch auf den Zaren aus.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 19. August. (Privattelegramm.) Aus angeblich zuverlässiger Quelle meldet das „Wiener Tageblatt“, Kaiser Wilhelm werde in der zweiten Hälfte des September nach Wien kommen.

London, 19. August. (Privattelegramm.) Queens Theater in Manchester ist bis auf die Bühne niedergebrannt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. August.

Die conservative Presse und die Reform der Landgemeindeordnung.

Als die ersten zuverlässigen Nachrichten in die Öffentlichkeit drangen, daß der Landtag sich in seiner nächsten Session mit dem Entwurf einer Landgemeindeordnung in den östlichen Provinzen beschäftigen werde, erhob die „Arenzzeitung“ sofort heftigen Widerspruch gegen die „mit Windeseile“ vorgehende Gesetzgebung und suchte in mehreren Artikeln den Nachweis zu führen, daß eine Reform der Landgemeindeordnung nicht bloß überflüssig, sondern geradezu schädlich sei und deshalb verhindert werden müsse. Ihr schloß sich die offizielle Organ der konservativen Partei, die „Conservative Correspondenz“, an, auch sie leugnete die Nothwendigkeit einer solchen Reform.

Auch heute bringt die „Conservative Correspondenz“ wieder einen Leitartikel, in welchem sie gegen die Reform der Landgemeindeordnung Sturm läutet und alles Mögliche und Unmögliche gegen die Vertreter dieses Reformgedankens hervorruft. Selbst das Schreckgespenst der Socialdemokratie wird da an die Wand gemalt und den Nationalliberalen vorgehalten, um sie von einem Beschreiten des Reformweges in Gemeinlichkeit mit den Freisinnigen abzuhalten. So schreibt das conservative Organ:

Wir stehen unmittelbar vor der Aufhebung des Socialistengesetzes, die Socialdemokratie schickt sich an, in hellen Häfen mit ihren Heereten nun auch das platte Land zu überziehen — und in diesem Augenblicke stopft ihr die nationalliberale und freisinnige Presse den Beutel voll mit agitatorischen Tiraden gegen die 15 000 Rittergutsbesitzer etc. und will ihr als beste Waffe die Behauptung, daß auch die Regierung von der Verrottheit der in den östlichen preussischen Provinzen auf dem Lande bestehenden Zustände durchdrungen sei, für ihre Wahlbarkeit mit auf den Weg geben. Wir können noch immer nicht annehmen, daß sich die nationalliberale Partei mit Berufung auf die Elemente, die schon von jeher als Vorfrucht der Socialdemokratie thätig sind, anstellt, daß es sich hier um mehr als Unverstand und einen allerdings erschreckenden politischen Dilettantismus handelt. Aber dieser Factor macht sich mit einer Reckheit in unserem öffentlichen Leben breit, daß seine nachdrückliche Dämpfung uns dringend an der Zeit zu sein scheint.

Daß die Nationalliberalen sich durch diesen Appell werden bestimmen lassen, anders zu verfahren, als es nach den Äußerungen ihrer Presse bisher den Anschein hat, ist freilich zu bezweifeln. Jedenfalls wirkt die Furie, mit welcher das conservative Parteiorgan ein Reformbedürfnis leugnet, welches seit Decennien empfunden ist und bereits eine ganze Reihe von Ministern angelegentlich beschäftigt hat, nachgerade lediglich erheitend.

Eine ganz andere Haltung nimmt der conservative „Reichsbote“ ein. Obwohl er in politischen Fragen durchaus auf dem Standpunkte der „Arenzzeitung“ steht, ist er doch unbefangener genug, einzugehen, daß, wie die Reform der Schul- und der Steuer-Gesetzgebung, so auch die der Landgemeinde-Ordnung als „zeitgemäße Nothwendigkeit längst ihrer Durchführung harren“. Er tadelt denn auch seine Parteigenossen, welche „einzelne Theile des Reformwerkes“ zurückweisen, und stellt diesen warnend vor, daß die Reformen, wenn ein conservatives Abgeordnetenhaus sie ablehnen wollte, später von einem liberalen, und zwar in liberaler Sinne, durchgeführt werden würden. Der „Reichsbote“ ist überzeugt, daß die conservative Partei es als ihre große Aufgabe erkennen werde, diese für das Land so wichtigen Reformen so gestalten zu helfen, daß

sie wirklich zu einem Segen für den Staat und das Volk werden, und an anderer Stelle sagt er geradezu, daß die Reformvorlagen der Regierung den Wünschen der Conservativen lediglich entgegenkommen. Der „Reichsbote“ bekundet mit diesen Ausführungen, daß auch in der conservativen Partei noch Politiker vorhanden sind, welche sich gegen politische Nothwendigkeiten nicht wie die beiden anderen Berliner Organe verschließen.

Charakteristisch ist das Verhalten der freisinnigen „Post“. Dieselbe widmet ihren neuesten Leitartikel der freisinnigen Presse, welche sie wie die gesammte freisinnige Partei mit Vorwürfen überhäuft, weil sie von vornherein den Reformplänen der Regierung gegenüber eine ablehnende Stellung einnehme. In Wirklichkeit hat bisher noch kein freisinniges Blatt sich ablehnend ausgesprochen, wie es die „Arenzzeitung“ und die „Cons. Corr.“, die der „Post“ etwas näher stehen, gethan haben. Hat die freisinnige Presse auf die aus den innerpolitischen Verhältnissen und insbesondere aus der Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses sich ergebenden Schwierigkeiten hingewiesen, so hat sie genau so gehandelt, wie die „Post“. Allerdings behält sich die freisinnige Partei vor, die in Aussicht gestellten Entwürfe zu prüfen, während die „Post“ für die ihr heute noch unbekanntem Vorschläge sich mit demselben Eifer erklärt, den sie in gleicher Richtung zur Zeit des Fürsten Bismarck zu entwickeln pflegte.

Zur internationalen Arbeiterbewegung.

Die in der letzten Zeit lebhaft zwischen den Führern der internationalen Arbeiterbewegung gepflogenen Verhandlungen wegen der nächsten internationalen Arbeiter-Congresse sind dem Abschluß nahe und es gilt nunmehr als zweifellos, daß der nächste internationale Arbeitercongreß 1891 in der Schweiz, der darauffolgende 1893 in Chicago abgehalten werden wird. Das Züricher Exekutiv-Comité hat wegen des Congresses in der Schweiz die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Die Amerikaner haben einen längeren Bericht über die eventuell durch den Congreß zu erzielenden Erfolge erstattet und in ihrem Exposé namentlich hervorgehoben, welche Fortschritte die Achtstundebewegung in Amerika gemacht habe, speciell hätten die Zimmerer und Bauarbeiter große Siege errufen. Im ganzen hätten die genannten Gewerkschaften Strikes in 141 Städten gehabt, an denen sich 208 Vereine mit 54 850 Mitgliedern theilhaft hätten. In 27 Städten hätten 23 355 Bauleute den Achtstundentag errungen, der Neunstundentag wurde in 72 Städten und Ortschaften eingeführt und acht Stunden am Sonnabend. Die neun Stunden erlangten 14 180 Mann und in 18 Städten soll außerdem für 2662 Beteiligte eine Lohnerhöhung gewonnen sein. In Rücksicht auf diesen Erfolg verlangen die Amerikaner, daß die Frage des Achtstundentages auf dem Congreß ganz besonders sorgfältig discutirt werden soll. Die Frage des Achtstundentages soll auch auf dem internationalen Textilarbeiter-Congresse, der trotz der Ablehnung des deutschen Textil-Verbandes in der Schweiz abgehalten werden wird, erörtert werden.

Zur Einführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes.

Bekanntlich ist es von größter Wichtigkeit für die unter das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz fallenden Arbeiter, daß sie sich, um der Wohlthaten der Uebergangsbestimmungen des Gesetzes theilhaftig zu werden, Bescheinigungen über ihre leistungsfähigen Beschäftigungen verschaffen. Nur um die Zahl der nachgewiesenen Beschäftigungswochen vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vermindert sich innerhalb der ersten fünf Jahre die Wartezeit für die Invalidenrente, und nur, wenn Verdienste über 40 Jahre nachweisen können, daß sie während der dem Inkrafttreten des Gesetzes unmittelbar vorangegangenen drei Kalenderjahre mindestens 141 Wochen hindurch in einem die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnis gestanden haben, vermindert sich die dreißigjährige Wartezeit um so viele Beitragsjahre, als ihre Lebensjahre zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes die Zahl 40 übersteigen. Bei der erklärlichen Unkenntniß in den Arbeiterkreisen gegenüber den fast ein Viertel der Bewohner des deutschen Reichs berührenden Wirkungen des Gesetzes wird das zu erstrebende Ziel aber nur durch selbstlose und eifrige Mitwirkung aus den Kreisen der Arbeitgeber erreicht werden können. Von diesem Standpunkte ausgehend, haben in letzterer Zeit verschiedene preussische Regierungspräsidenten an die in ihren Bezirken vertretenen Berufsvereinigungen das Ersuchen gerichtet, im Interesse des öffentlichen Wohles ihre Mitglieder zu veranlassen, ihren sämtlichen Arbeitern und Angestellten, soweit sie unter das Gesetz vom 22. Juni 1889 fallen, ohne deren besonderen Antrag abzuwarten, die formularmäßigen Bescheinigungen über die in ihren Betrieben verbrachte Beschäftigungszeit bei Gelegenheit einer der nächsten Lohnzahlungen auszuhandigen. Die Arbeitgeber werden freilich zunächst bedeutende Opfer an Geld und Bemühungen für die Durchführung des Gesetzes aufbringen müssen.

Die Gründe der Fleischtheuerung.

In einer Zuschrift in der „Fleischer-Zeitung“ spricht sich der Director des Berliner städtischen Viehhofes, der Deconomierath Hausburg, über die Gründe der Fleischtheuerung aus. Hr. Hausburg kommt zu Folgerungen, die sich vielfach mit den von uns mehrfach gebrachten Ausführungen decken.

Der Auftrieb am Berliner Markt, schreibt er, ist trotz aller Mühe, welche sich die „Zwischen-

händler“ mit seiner Versorgung geben, erheblich zurückgegangen. Während die Bevölkerung seit einem Jahre um mindestens 50 000 Seelen wuchs, betrug der Auftrieb der sechs Märkte vom 1. Juli bis 15. August

	Juli-August 1889	Juli-August 1890
an Kindern	22 707 Stück	17 502 Stück
an Schweinen	76 059 „	61 075 „
an Rälbern	17 992 „	17 001 „
an Hammeln	202 533 „	160 424 „

Bis zum Jahre 1889 war dagegen der Auftrieb von Jahr zu Jahr um höhere Procentfätze steigend gewesen. Dieser geringere Auftrieb konnte dem Bedarf um so weniger genügen, als bekanntlich der Berliner Markt den Bedarf der Exporteure für den Westen Deutschlands decken soll und dieser Bedarf ebenfalls gestiegen ist.

Was nun die Behauptung von den schabellhaften Gewinnen der Zwischenhändler betrifft, so weist Hausburg an der Hand der Erfahrung nach, daß die Zeiten, in welchen die Viehhändler Vermögen erworben haben, weit hinter uns liegen; es gilt heute durchschnittlich nur, das Erworbene festzuhalten. Ein durchschnittlicher Nettogewinn nach Abzug aller Unkosten von 1 Pfennig pro Mark gilt als sehr befriedigend, wird aber häufig nicht erreicht.

Die wirklichen Gründe für das Sinken des Auftriebes und das Steigen der Vieh- und Fleischpreise findet Herr Hausburg gleichfalls in den wirtschaftlichen Verhältnissen, indem er schreibt: „Zunächst darf man nicht übersehen, daß wir uns gegen die Einfuhr aus anderen Viehzüchtenden Nachbarländern, die früher in solchen Fällen mit ihrem Ueberfluß beizugingen, durch hohe Viehzölle und gegenwärtig sogar hermetisch abgeperrt haben. Die Konkurrenz mit Schweinefleisch ist bei 10 Pf. Zoll pro Pfund dem Auslande geradezu unmöglich.“

Ferner, und dies ist die Hauptsache, hat die Vieh- und Schafzucht des Landes, insbesondere der preussischen Ostprovinzen, unter den leistungsfähigen, höchst dürftigen Futterernten erheblich gelitten. Die Landwirthschaft war genöthigt, ihren Viehstand durch Abtöhung irgendwie einbehrlicher Individuen gegen den Winterhunger zu schützen. Es ist unglücklich, wie viel Tausende dieser jungen, dürftigen, unreifen Thiere der Berliner Markt in den letzten beiden Jahren aufgenommen hat.“

Herr Hausburg führt sodann näher aus, daß in Folge einer vielfach „kaufmännisch“ betriebenen Bewirthschaftung der Güter die weniger lohnende Aufzucht des Viehes zurückgegangen sei und daß die Landwirthe sich damit begnügt hätten, Magervieh zur Mastung anzukaufen. Da nun Magervieh in Folge dessen sehr theuer geworden sei, sei auch die Mastung immer mehr zurückgegangen. Es werde längere Zeit vergehen, ehe wieder normale Zustände eintreten würden. „Es ist Pflicht“, fährt er fort, „einen Nothstand auf diesem Gebiete durch rechtzeitige Maßnahmen möglichst zu verhindern. Die erste derselben wäre Deckung der östlichen Grenzen unter verschärften veterinärärztlichen Maßnahmen und Ermöglichung oder temporäre Aufhebung der Eingangszölle. Die Möglichkeit, durch geeignete Vorkehrungen an den Grenzübergängen und durch unsere vorzügliche Veterinärpolizei die Verschleppung der Geuchen in unsere Grenzdistricte zu verhindern, wird nicht bestritten werden.“

Die Londoner Gewerkevereine

feierten am Sonntag den Jahrestag des am 14. August 1889 begonnenen großen Londoner Dockarbeiter-Ausstandes durch eine Massenkundgebung im Hyde Park, an der sich etwa 50 000 Menschen theilnahmen. Auf sechs Tribünen im Park wurden, wie man der „Doff. Fig.“ meldet, von John Burns, Ben Tillett, Tom Mann und anderen hervorragenden Ausstandsführern Reden gehalten. Wie Burns hervorhob, zählt der neugebildete Dockarbeiterverband jetzt 58 000 Mitglieder und hat ein Jahreseinkommen von 28 000 £ Str. und giebt ein monatlich erscheinendes Organ heraus, dessen Mitarbeiter alle Dockarbeiter sind. Der Dockarbeiter bekomme jetzt einen um 5 Schillinge höheren Wochenlohn und werde besser behandelt. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die wiederholten Erfolge der Gewerkevereine im verflochtenen Jahre betont und empfiehlt, durch alle gesetzlichen Mittel die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf das höchste Maß von 48 Stunden zu erzielen, wodurch alle Arbeitslosen Beschäftigung finden würden.

Der Zwischenfall von Melilla.

Die spanische Regierung hat gestern ein Telegramm ihres Gesandten in Marokko, welcher sich zur Zeit in Robot el Naharich befindet, erhalten, nach welchem die Verhandlungen über Melilla und die sonstigen Angelegenheiten einen befriedigenden Verlauf nehmen. Der Sultan beklage die Vorfälle sehr und habe den Salut der spanischen Flagge, die Bestrafung der Schuldigen und Schadenersatz nach Feststellung der Thatfachen versprochen. Maurische Truppen seien nach der Umgegend von Melilla und anderen spanischen Festungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung beordert worden.

Antifranzösische Bewegung am Senegal.

Am Senegal scheint die Bewegung unter den Eingeborenen gegen die französische Herrschaft größeren Umfang anzunehmen. Seit langer Zeit wird von dort berichtet, war Raédi der Sammelplatz aller Gegner der Franzosen. Kürzlich jogen alle jungen Leute des Dorfes unter Führung von Mahmabu-Adul nach Cascas, um die dortigen Einwohner zu verjagen und sie zur Auswanderung zu zwingen. Infolgedessen sandte der Gouverneur den Aïso „Cigale“, um ein Beispiel aufzustellen, und der Aïso bombardirte Raédi und zerstörte es gänzlich. Man will jetzt in Raédi

ein Fort errichten. Am 9. August sollten die Truppen dorthin abgehen. Das Amtsblatt des Genegal veröffentlicht ein Schreiben eines Führers des Aufstandes gegen die Franzosen, das, von muslimännischem Fanatismus eingegeben, zum Glaubenskrieg gegen die Europäer auffordert, deren „Auftreten dem Volke zuwider ist, die eine Religion und einen Cultus haben, welche den Völkern ihre Frauen und Kinder wegnehmen, bis sie dieselben ihres Lebens und ihres Glaubens beraubt haben.“ „Erhebt euch“, heißt es weiter, „um sie zurückzuweisen und aus den Orten des heiligen Islams zu vertreiben. Bekämpft sie überall, damit Gott uns vor ihrem Uebel bewahre, uns, euch und alle Geschöpfe.“ Das Schriftstück erregt in Paris ein gewisses Aufsehen, weil man allgemein der Ansicht war, daß die Völkerschaften am Genegal halbwitte Barbaren und nicht im Stande seien, ihre Unabhängigkeit und ihren Glauben mit Wort und Schrift zu verteidigen.

Der Kampf der centralamerikanischen Republiken

flammt wieder von neuem auf. Wie eine Drahtmeldung des Präsidenten Geta an den Consul der Republik San Salvador in Portsmouth besagt, hat das diplomatische Corps sich zwar erböt, den Frieden zu vermitteln, der Friede sei auch thatsächlich unter Bedingungen, die für Salvador ehrenhaft und vorthellhaft seien, zum Abschluß gebracht; — allein ein neueres Telegramm, welches die Legation der Vereinigten Staaten in Paris erhalten hat, theilt mit, Guatemala habe eine förmliche Kriegserklärung erlassen, ohne sie indeß San Salvador zu notificiren. Die Depesche fügt hinzu, daß die jenseits der Grenze angesammelten Truppen die Feindseligkeiten wieder begonnen haben. Zu gleicher Zeit wird dem Staatsdepartement in Washington gemeldet, daß während der Kämpfe in der Stadt San Salvador die Flagge der Vereinigten Staaten von der provisorischen Regierung herabgezogen wurde. Der Consul verlangte sofortige Genugthuung, worauf die Flagge wieder aufgezogen und mit 21 Kanonenschüssen begrüßt wurde. Der Vereinigten Staatenconsul wurde aus San Salvador vertrieben, aber wieder zurückgeholt und im Vollbesitz seiner Rechte belassen.

Deutschland.

Berlin, 18. August. Die Kaiserin kam heute Vormittag von Potsdam nach Berlin, besuchte die Ausstellung der königlichen Akademie der Künste im Landes-Ausstellungs-Gebäude, ertheilte hierauf im Schloß einige Audienzen und kehrte sodann um 1 Uhr nach dem Neuen Palais zurück.

* [Oberbürgermeister v. Forckenbeck] hat sich auf einige Wochen nach Zarasp begeben und wird während seiner Abwesenheit von Berlin in seinen amtlichen Geschäften vom Stadtrath Geh. Regierungsrath Schreiner vertreten.

* [Gander.] Die „Hamb. Nachr.“ erfahren aus „guter Quelle“, daß Hofmarschall v. Lyncker um seinen Abschied eingekommen ist. An seine Stelle trete Ceremonienmeister v. Aobe.

* [Die Antifemiten unter sich.] Das Organ des Herrn Liebermann v. Sonnenberg, die „Antifem. Corr.“, übt an der Böckel'schen Richtung eine Kritik, worin es u. a. heißt: „... Besonders bringt der „Reichsheroib“ zuweilen von der ersten bis zur letzten Zeile nichts als eine Schilberung der Großthaten des Herrn Böckel, seiner Reden, seiner Agitationsreisen u. s. w. ... Besonders scheinen viele jugendliche Leser des Böckel'schen Blattes den Eindruck zu haben, als drehe sich die ganze Welt um Böckel ... Nach Meinung solcher Großpolitiker sollte an Stelle des Tames ums „goldene Raab“, der bisher die Zeitströmung beherrschte, als neues „Cultur“-Moment der Tanz um Böckel treten.“

* [Die Entschädigungssumme für den Sultan von Sansibar] soll der „Post“ zufolge von der deutsch-österreichischen Gesellschaft ratenweise bezahlt werden, ohne daß das Reich direct engagirt wird.

* [Beschlagnahme.] Wie aus Schivelbein (Pommern) gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme des im Verlage von Th. Fritsch in Leipzig erschienenen Flugblattes Nr. 39: „Was kosten uns die Juden?“ angeordnet.

* [Die Erträge der Zuckersteiner.] In dem mit dem 31. Juli zu Ende gegangenen Betriebsjahre belief sich der Ertrag der Materialsteuer auf rund 78 600 000 Mk. An Ausfuhrprämien wurden rund 66 000 000 Mk. gezahlt, so daß der Ertrag der Rübensteuer, wenn man noch die Erhebungskosten in Betracht zieht, durch die Exportprämie wieder fast vollständig ausgeglichen ist. Die Reichskasse bleibt somit in der Hauptsache auf die Verbrauchsabgabengewinne, deren Ergebnis voraussichtlich 56 000 000 Mk. betragen wird.

Breslau, 18. August. Auf dem gestrigen hier abgehaltenen Schriftstellerfest waren etwa 650 Mitglieder, darunter v. Bodenstedt, Frenzel, Emil Rittershaus, anwesend. Robert Schmiedel erstattete den Rechenschaftsbericht und constatirte den Ausschlag des literarischen Bureauaus. Ein Antrag Reils auf Niederlegung einer Commission behufs Ausarbeitung einer Verlagsordnung, welche den Reichsbehörden und dem Reichstage zu unterbreiten sei, wurde angenommen. Alsdann beschloß die Versammlung die Gründung einer Altersversorgungskasse.

Heute hat der Schriftstellertag seine Berathungen fortgesetzt. Für das neue Geschäftsjahr wurde Schmiedel als Vorsitzender, Wenzel als dessen Stellvertreter, Ziemssen als Schatzmeister bestätigt. Die von den Bezirksvereinen erstatteten Berichte constatiren einen Aufschwung der ge-

